

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 A, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 5.

Donnerstag, den 7. Januar 1904.

11. Jahrg.

Eine Totalisatorvorlage.

Wie nunmehr offiziell bekannt gemacht wird, soll sich unter den Vorlagen, die demnächst den Reichstag beschäftigen werden, auch ein Totalisatorgesetzentwurf befinden. Im preussischen Landwirtschaftsministerium haben nämlich Beratungen zwischen den Vertretern von fünf Ministerien und zwei Reichsämtern stattgefunden. Dabei ist beschlossen worden, daß der Totalisator, der gegenwärtig mit 20 v. H. besteuert ist, in Zukunft nur 6 v. H. Steuer tragen soll. Daneben soll dann durch verschärfte Strafen den Buchmachern, den Wettbureaus, kurz, dem ganzen mit dem „edlen Pferdesport“ zusammenhängenden Schwindel ein Ende gemacht werden. So groß ist der Einfluß der hocharistokratischen Pferdesportbetriebe, so eilig haben die Geheimräte der Regierung, die sich doch sonst so viel Zeit zu nehmen wissen, daß die Totalisatorvorlage bereits in absehbarer Zeit den Reichstag beschäftigen soll.

Freilich! Das ist ja auch ein Gesetz für die hohe Aristokratie. Sieht, Geheimräte, fliegt! Und so erleben wir denn das seltsame und für die Arbeiterklasse besonders recht bemerkenswerte Schauspiel, daß in einer Zeit, da die Lebensmittel der Arbeiter nicht hoch genug besteuert werden können, da durch den Posttarif unsere ganze Lebenshaltung verteuert wird — die auf die Spielbank der besitzenden Klasse gesetzte Steuer ermäßigt wird!

In Deutschland ist bekanntlich das Glücksspiel untersagt, bis auf die Lotterien, mit welcher Staat, Städten und öffentlichen Bauten unter die Aume gegriffen wird. Spielbanken dagegen sind verboten. Die feindliche Jugend läßt sich aber das Recht nicht nehmen, insgeheim desto mehr zu „jeuen“. Es wird viel und um hohe Summen gespielt, und gelegentlich reißt einmal ein Prozeß den kümmerlich gedeckten Mantel weg und zeigt die Spieler und zeigt die Karten.

Dann ist freilich kein Zufall, daß sich als die Spieler immer die „Sportleute“ zeigen. Alles, was mit dem Pferdesport zusammenhängt, hat auch mit dem Glücksspiel zu tun. Vielfach verknüpft sich das Glücksspiel bloß hinter den Pferdesport. Seitdem in Deutschland das Glücksspiel verboten ist, ist der Sport der Boden geworden, auf dem es tüpelig gedeiht. Vom geheimen Glücksspiel wollen wir dabei noch nicht einmal reden. Es verleiht sich in die Hinterzimmer der Weinstuben, in die Fremdenzimmer der Hotels, in die Klubs usw. Das öffentliche Glücksspiel aber geht vor sich beim Totalisator.

Der Totalisator ist das Glück- und Wettspiel der Aristokratie. Es mit der Pferdezucht in Verbindung zu bringen, wirkt lächerlich. Selbst die Rennen haben für die Pferdezucht nur einen recht fragwürdigen Wert. Man hebe den Totalisator auf und die Bedeutung der Pferderennen wird für die Kreise, die die Rennen mit der Pferdezucht in einem Atem nennen, mit einem Male ganz bedeutend sinken. Auch die römische Bourgeoisie wird für die Zirkusspiele, nämlich die Wagenrennen, die Tierkämpfe, die Stadienkämpfe irgend einen schön und plausible klingenden Grund zur Hand gehabt haben, obwohl der einzige Grund der nervenerregende Nihil und die bis zum Erzyß gesteigerte Schaulust der Menge war. So haben auch die Pferdekämpfe von heute wenig oder nichts mit der Pferdezucht zu tun. Gibt es doch Sachverständige, die sie als der Zucht direkt schädlich bezeichnen.

Aber die Rennen mit allem Drum und Dran sind ein nobles Vergnügen der Aristokratie und der Emporkömmlinge der Bourgeoisie. Man hält einen „Renner“, man läßt Pferde für die Rennen abrichten, „trainieren“, man läßt Pferde „laufen“, der Name des „Rennerbeständers“ geht durch alle Zeitungen. Dazu die oft sehr bedeutenden Rennpreise, die gewonnen werden können — ein Zeitvertreib der Aristokratie. Und an die paar großen Rennen der Rennplätze hängt sich dann das ganze Treiben der Rennvereine, der Jockeys, der Herrenreiter, der Spulanten, der Wäiter, der Spieler — der Schwindler und der Halbwelt, die von Rennen zu Rennen reist.

Im Mittelpunkt des ganzen Treibens steht der Totalisator, das Sehen und Wetten auf Pferde. Die Spekulationen erbarmen sich auch der Arbeitergroßen. In den letzten Jahren ist z. B. in Berlin fast jedes dritte Bazarergewerbe zu einem „Wettbureau“ gemacht worden, wo unter einem tönenden Titel für kluge Speculanten die kleinen und kleinsten Beiträge aus den Taschen der Arbeiter, Handwerker und kleinen Leute entgegen genommen werden, um sie am Totalisator zu verwetten. Der Totalisator ist das Monte Carlo des Rennplatzes. Jahr für Jahr fordert der Totalisator seine Opfer; eine Menge Menschen sind durch ihn ruinirt, nicht wenige zum Verbrechen getrieben worden. Man braucht nur zu beobachten, welche Sorte von Glücksrittern vorzugsweise die Kundschaft des Totalisators bildet, um sich zu fragen, wie es möglich ist, daß der Staat solche Gewerbe dulden kann.

Die Erklärung liegt allerdings nahe und ist von uns

oben schon gegeben worden. Die deutschen Renn- und Pferdezucht-Größen wissen sehr wohl, daß ohne den Totalisator die Kreise, welche sich jetzt um die Rennen gruppieren, sich den Teufel um sie bestimmen würden. Nicht auf die Pferdezucht kommt's denen an, sondern auf das Wetten, das erlaubte Glücksspiel. Deshalb muß der Totalisator geschützt werden. 20 v. H. der Einnahmen des Totalisators ist für unsere agrarischen „Notelbenden“, die Hauptbesucher des Rennplatzes, die wildesten Glücksspieler, zu viel. 6 v. H. ist auch genug. Mögen doch die Proleten in die Taschen greifen, wenn das Reich Geld braucht!

Bei der Gelegenheit findet auch eine andere Nachricht mit durch und zwar die: es habe eine zeitlang die Absicht bestanden, den Totalisator zu verstaatlichen und zu einem Reichsmonopol zu machen. Das reizende Planchen verwirklicht, würde das Bild des Reichsstaates lieblich vervollständigen. Sein unersättlicher Geldhunger befriedigt mit den Wettgroßen, die den Dürstigen aus der Tasche gelockt werden! Die ganze Zümmlichkeit eines solchen Bildes scheint den mit den Vorbereitungen des Gesetzentwurfs Beschäftigten aufgegeben zu sein, da sie den Plan so schnell wieder fallen lassen.

Selbst bei den bürgerlichen Parteien hat das, was über den Totalisatorgesetzentwurf bekannt geworden ist, arg verschluckt. Sogar die „Deutsche Tageszeitung“ mag nicht mitun, und auch die ultramontanen Blätter ärgern sich über die Art, wie auf die noblen Passionen der Aristokratie Rücksicht genommen und der Spielteufel geschützt werden soll. Ob diese Entschlüsse vorhalten wird, bis das Gesetz im Reichstage zur Verhandlung kommen und vor allem, ob sie genügen wird, es zu Fall zu bringen, muß sich erst noch ausweisen. Die Arbeiter mögen aufmerksam hinschauen, denn die Reichstagsverhandlungen über dieses Gesetz werden sehr charakteristisch werden für die kapitalistische Gesellschaft.

Die Lübecker Fabrikinspektion im Jahre 1902.

II.

In seinem Berichte über das Jahr 1901 hatte der lübecker Fabrikinspektor die so betrübliche Tatsache festgestellt, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im allgemeinen sehr viel zu wünschen übrig gelassen habe. Verminderung der Arbeiterzahl und Beschränkung der Arbeitszeit in vielen Betrieben, so hatte der Aufsichtsbefehl das Wirtschaftsjahr 1901 kurz charakterisiert. Nicht ganz so schwarz schilbert der neue Bericht die Wirtschaftslage im Jahre 1902. Die Depression, die noch im Jahre vorher mit allen ihren Schrecken in voller Stärke über dem Lübecker Arbeitsmarkte lagerte, hat sich langsam gehoben, so daß der Gewerbeinspektor für einige Industriezweige eine, wenn auch immerhin nur geringe Besserung der wirtschaftlichen Lage feststellen konnte, und in Verbindung damit eine Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter. Bei alledem aber ist der Beschäftigung noch immer ziemlich schleppend geblieben. In einigen Betrieben war die sonst fast allgemein übliche Arbeitszeit von 10 Stunden verschiedentlich Schwankungen unterworfen. Zeitweise hat sogar eine Verkürzung der Arbeitszeit wegen mangelnder Aufträge in einigen Betrieben stattgefunden müssen!

Im ganzen betrug die Zunahme der Gesamtzahl aller Arbeitskräfte (unter Einrechnung des Baugewerbes und der Buchdruckereien) gegen das Jahr 1901 3,54 Proz. Doch war damit bei weitem noch nicht wieder der Stand von 1900 erreicht worden. Man braucht nämlich nur in Berücksichtigung zu ziehen, daß der Gewerbeinspektor für das Jahr 1901 eine Verminderung der Gesamtzahl aller Arbeitskräfte um nicht weniger als 6 Prozent festgestellt hatte. Wenn nun auch das Wirtschaftsjahr 1902 davon bereits wieder 3,54 Proz. eingebracht hat, so fehlen doch immerhin noch 2,46 Proz., bevor man würde sagen können, die allgemeine wirtschaftliche Lage in Lübeck habe 1902 einermassen bereits wieder der vom Jahre 1900 geglichen. Im wesentlichen ist die Zunahme der Arbeitskräfte im Jahre 1902 auf die Zunahme der Zahl der männlichen Arbeiter über 16 Jahre zurückzuführen; diese betrug allein 4,32 Proz. und überholte damit die im Jahre 1901 erfolgte Abnahme um 0,10 Proz. Prozenhual stellte sich das Verhältnis der erwachsenen männlichen Arbeiter zur Gesamtzahl aller Arbeiter wie 82,2 gegen 81,6 im Jahre 1901.

Nach den polizeiamtlichen Feststellungen, die allerdings das Baugewerbe und die Buchdruckereien nicht berücksichtigen, fanden in den einzelnen Viertel Jahren des Jahres 1902 folgende Veränderungen auf dem Arbeitsmarkte statt: es waren beschäftigt

	Arbeiter	Arbeiterinnen	Summe
	ermacht. jugendl.	ermacht. jugendl.	
am 1. April 1902	3917	807	4724
„ 1. Juli „	4133	972	5105
„ 1. Oktober „	3977	902	4879
„ 2. Januar 1903	3808	893	4701

Am Schlusse des Jahres 1901 waren, wie zum Vergleich bemerkt sei, in den Fabriken beschäftigt:

Arbeiter	Arbeiterinnen	Summe
ermacht. jugendl.	ermacht. jugendl.	
3798	846	4644

Die Zahl der Betriebe mit Nachtarbeit hat sich im Berichtsjahre wieder um einen erhöht. Im übrigen beschränkt sich die Nachtarbeit lediglich auf einige Mühlen, Bäckereien und Fabriken mit Brennöfen. Sonntagsarbeit hat auch im Laufe des Jahres 1902 nur in beschränktem Maße stattgefunden. Ein Betriebsleiter, der verbotswidrig 12 Personen an einem Sonntag beschäftigt, wurde zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt. In einem anderen Betriebe mußte beanstandet werden, daß den mit dem Bewachungsdienst beschäftigten Arbeitern die im § 105 c Abs. 3 G. O. festgesetzten Ruhezeiten nicht vublieben. In 21 Fällen fehlte das Verzeichnis der zulässigen Sonntagsarbeiten. Die Bewilligung, Sonntagsarbeiten zu lassen, wurde viermal gewährt. Sollte es wirklich nicht möglich gewesen sein, diese Ausnahmewilligungen rundweg abzuschlagen? Bei einigem guten Willen und besserer Disposition seitens der Unternehmer dürfte es sehr wohl angängig sein, jegliche Sonntagsarbeit zu vermeiden.

Hinsichtlich der Lohnzahlungen hat sich im Berichtsjahre irgendwie Bemerkenswertes nicht geändert. Als überaus zweckmäßig bezeichnet es der Gewerbeinspektor, daß einige Arbeitgeber das Lohnbuch mit der Arbeitsordnung und den Unfallverhütungsvorschriften in einem Heft vereinigt den Arbeitern ausgingen. Nennenswerte Veränderungen hinsichtlich der Aufhebung des Arbeitsverhältnisses sind nicht eingetreten. Summirt sind aber 13 Beschwerden wegen Nichtannahme der festgesetzten Kündigungsfristen dem Fabrikinspektor im Berichtsjahre bekannt geworden. Auch ist ein Fall von Lohnverweigerung wegen Vertragsbruchs gemäß § 124 b G. O. zu seiner Kenntnis gelangt. 6 Betriebe mußten abermals erst zum Erlaß von Arbeitsordnungen angehalten werden.

Wie schon in seinem vorigen Bericht, so bricht auch diesmal der Gewerbeinspektor den Stab über die Arbeiterauschüsse, von denen zwei im Berichtsjahre hinzugekommen sind. Er konstatiert, daß sie auch im Berichtsjahre „keine umfangreiche Tätigkeit“ entwickelt haben. Eine nennenswerte Forderungserfolge nur in einem Betriebe, in dem allmähentlich Beratungen der Ausschussmitglieder mit der Betriebsleitung über die Anliegen der Arbeiterschaft, über Straffestsetzungen usw. stattfanden. Serner mehr stellt sich, allerdings nicht nur hier sondern auch anderswo, heraus, daß die i. Zt. mit mächtigen Positionen versehenen in die Welt gesetzten Arbeiterausschüsse ein ziemlich verlorenes Dasein führen. Ihre Aufgabe, eine Verbindungsbrücke zwischen dem Unternehmer und seiner Arbeiterschaft zu bilden, erfüllen sie nur in den allerwenigsten Fällen. Und das ist leicht begreiflich. Sobald die Ausschussmitglieder einmal ihre Flügel mehr regen, als es dem Unternehmer lieb ist, fallen sie in Ungnade oder aber fliegen vielleicht gar gleich aufs Straßenpflaster.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Die Reichstagswahlwahl im 22. sächsischen Wahlkreis Reichenbach-Auerbach hat, wie im Voraus feststand, mit dem Siege unseres Genossen Adolf Hoffmann-Berlin geendet. Nach der bisherigen Zählung — es fehlt nur noch das Ergebnis aus einigen kleineren Orten — wurden für Hoffmann 13864 und für Graf Hoenstbroch (N.) 8682 Stimmen abgegeben. Bei den Hauptwahlen im vorigen Jahre hatte auch Genosse Franz Hoffmann-Chemnitz mit 19106 Stimmen gleich im ersten Wahlgange gesiegt, gegenüber 12988 Stimmen, die sich auf den Reichsmarschallanden Hoenstbroch vereinigten.

Gewalt geht vor Recht! Genosse Reichstags Abgeordneter Adolf Thiele in Halle a. S. wurde als Redakteur des „Volksblattes“ auf Beschluß der Strafkammer gegen seinen Willen mit der Begründung, seine Immunität als Abgeordneter schütze ihn nicht, durch einen Polizisten zur Verhandlung geführt und dann wegen Verleumdung des Oberinspektors Weidemann zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Wegen dieser gewalttätigen Vorführung, die geradezu ein Hohn auf Gesetz und Recht ist, wird sich Thiele im Reichstage beschweren.

Nichts von Verträgen, nichts von Uebergabe! Die russisch-offizielle Zeitschrift „Rusland und Deutschland“ veröffentlicht einen Artikel, der geradezu eine höhnische Abfertigung der deutschen Unterhändler ist. Die Berliner Verhandlungen, heißt es da, hätten um keinen Schritt näher zum Ziel geführt. Von Minimalzöllen auf russisches Getreide könne gar keine Rede sein. Die Tariffrage des neuen deutschen Zolltarifs seien bei den

Berliner Verhandlungen nicht einmal gelesen, geschweige denn
 akzeptiert worden. Die deutschen konservativen Blätter irrten
 sich sehr, wenn sie glaubten, daß Rußland Zugeständnisse
 machen würde. Das sei ganz und gar ausgeschlossen. —
 Diese hochmüthige Sprache ist ein neuer Beweis dafür,
 in welche abstoßende Sachlage sich die deutsche Regierung mit
 ihrem Norddorf-Tarif verrant hat. Es gibt für sie keinen
 ehrenvollen Rückzug als den zu den alten Handelsverträgen
 und dem alten Zolltarif. Jeder andere Weg aber führt hart
 an den Zollkrieg, den Deutschland mit seiner neuen „handels-
 politischen Waffe“ in der Hand binnen acht Tagen glänzend
 verlieren muß.

Eine neue Gefälligkeit will der zitiatenfrohe Reichskanzler dem Knutzenzaren erweisen. Nach der „Rkf. Stg.“ erließ der Reichskanzler ein Rundschreiben an die Regierungen der deutschen Einzelstaaten, in dem diese erjucht werden, ausgewiesenen oder „politisch nicht ganz einwandfreien“ Russen die Naturalisation zu verweigern. — Zwar haben die Einzelregierungen auch bisher schon ganz besonders Russen die Naturalisation in Deutschland in jeder Weise erschwert, so daß es einer Schafschermung seitens des Grafen Bismarck erst gar nicht noch bedurft hätte, aber dieser neueste Schritt der deutschen Regierung legt doch immerhin abermals Zeugnis davon ab, daß die Bismarck'sche Regierung ein Herz und eine Seele mit der Plehweischen ist.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Seyboith, der wegen Wechselfälschung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt worden ist, wurde trotz des hohen Strafmaßes aus freiem Fuße belassen; er hat nämlich f. Zt. eine namhafte Kaution bei Gericht hinterlegt, die ihn vor einer längeren Untersuchungshaft bewahrt. Da Seyboith gegen das Urtheil Revision einlegen wird, steht noch dahin. Unser Nürnberger Parteiforgan, die „Frank. Tagespost“, entwirft von der gefallenen Freisinnsgroße folgendes Charakterbild: Leonhard Seyboith war der Typus eines Geschäftliberalen. Weßhalb er gerade der Freisinnigen Volkspartei angehörte, wiß ich wohl selbst nicht, nach seiner inneren Ueberzeugung ist er ein Ueberspinnler und ein ganzes Streben ging nur dahin, sich eine angesehenere Position zu schaffen und diese dann geschäftlich auszunutzen. Von der gegen ihn geführten Gerichtsverhandlung wurde dem Staatsanwalt betont, daß Seyboith in unerhörter Weise das Vertrauen seiner Mitbürger getrübt habe, die ihn öffentliche Ehrenämter anvertrauten. Was das Vertrauen der Mitbürger betrifft, so hat sich der Vertreter der Anklage doch etwas getäuscht. Das Mandat für den oberbayerischen Landrath hat S. nicht durch eine öffentliche Wahl erhalten, sondern er wurde vom Münchener Gemeindefolgeamt gewählt, in dem sein Bruder eine große Rolle spielt. Ein Reichstagsmandat aber hätte er in München, wo man ihn ziemlich genau kennt, sicherlich nicht erhalten. Einige Wochen vor der Reichstagswahl wurde er aus dem Verein zur Förderung des Fremdenverkehrs, dessen Vorstand er war und in dem unter seiner Leitung eine unerhörte Mißwirtschaft eingetrieben war, förmlich mit Gewalt zum Rücktritt gezwungen. Es war bezeichnend, wie sich der Mann damals an seinen Posten, der ihn mit „hohen Herrschaften“ in Verbindung brachte, anwanderte. Die Erklärung der übergroßen Majorität der Vereinsmitglieder, daß man sein Verschleichen als schwere Verfehlung der Stadt München und des ganzen bayerischen Ueberlandes betrachtete, beruhigte ihn gar nicht. Er erklärte sich lächelnd, er bleibe auf seinem Posten, für den er auf zwei Jahre gewählt sei, und lasse sich nicht absetzen; erst unter dem Zwang der Gewalt trat er dann zurück. Diese Reichstagswahl legte er auch in der Wechselfälschungs-Affäre in den Tag. Kalten Blutes beschuldigte er, trotz der drückenden Beweise, die gegen ihn selbst vorlagen, seinen jetzigen ehemaligen Angestellten der Täterschaft und machte dann schließlich noch vor Gericht den edlen Malder, der sich lieber ins Zuchthaus sperren laßt, als er zu wüßigen Lügen nennt. Seyboith war sogar so geschwätchelt, nach Zustellung der Anklageschrift noch seine Mandate auszugeben, und als der Landrat am Schlosse seiner Beratungen einen gemeinsamen Auszug nach Gehrig unternehmen brachte, Ehren-Seyboith beim Festmahle einen Toast aus! Dem Staatsanwalt aber theilte er später mit, daß er zur Teilnahme an den Sitzungen des Reichstages in Berlin gereist sei. Seyboith ist noch der Zuspätkommener liberalen Presse ein politisch toter Mann; maßgebend ist ihm nur, daß er überhaupt noch eine politische Rolle spielen konnte, nachdem er erst vor zehn Jahren in zweifachen hohen Beamtenstellungen (bei Eisenwegen als eine Behörde) thätig gewesen war. Interessant wäre es wohl, zu erfahren, wie er gerade zu der Kandidatur in Schwabhausen gekommen ist; in bürgerlichen Kreisen in München wird erzählt, er habe sich in verschiedenen Wahlkreisen selbst beworben. Was das richtig ist, so wäre das auch ein recht interessanter Beitrag zu der Geschichte des Abgeordneten.

Ein Pole als Alterspräsident. Im neuen preussischen Abgeordnetenhanse hat Dr. jur. Heinrich Szumann, geb. am 3. Februar 1822, das höchste Lebensalter angenommen, er wird in einigen Wochen das 82. Lebensjahr zurückgelegt haben. Zur Übernahme des Alterspräsidenten, wegen er die Befähigung besitzt, wird er erst eine zutreffende Erklärung abzugeben haben. Wenn diese erfolgt, so würde zum erstenmal ein Pole im preussischen Abgeordnetenhanse den Vorsitz führen, wenn auch nur als Alterspräsident.

zum Zehnpfundenkauf in Grimmitzchen. Das amtliche „Dresdner Journal“ meldet: Am Montag, den 4. Januar, wurden im Rathhause zu Grimmitzchen von dem Schörricht Dr. Reischer Besprechungen mit den Vertretern der Arbeiter und mit denen der Arbeitgeber abgehalten. In der Besprechung mit den Arbeitern wurden einige Vorschläge zu einem Contractum gemacht, welche jedoch in der später abgehaltenen Besprechung mit den Arbeitgebern nicht angenommen wurden. Folgendes lautet der Rathschluß: — Hiermit ist also der Einigungsfort zu Standen der Einigungsfort geblieben, der Rathschluß steht. Arbeiter Deutschlands! An Euch liegt es nun, durch thätige Unterstützung der Zehnpfundenkauf zu beweisen, daß die Judenfruchtlosen die Rechnung ohne die klugenbewachte Arbeiterschaft

gemacht haben. Unterstützt die Griminalschauer
Zehnstundenkämpfer!

Das fällige Dementi der Weimarer Geschichte, nach der Herr Subt im Auftrage des Kaisers beim Großherzog zu ungunsten der Sezessionsisten interveniert haben soll, ist prompt eingetroffen. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ erklärt nämlich, daß die „Darstellung“ der „Welt am Montag“ auf freier Erfindung beruhe. Hat sich also die Sache anders zugetragen, als sie von der „Welt am Montag“ — „dargestellt“ wird?

Vorläufige Beendigung des Berliner Droschkenfutcher-Anstandes. Schneller, als die in der Beilage der heutigen Nummer wiedergegebene Meldung vermuten ließ, ist der Streik im Berliner Droschkenfuhrgewesen beigelegt worden. Wie aus Berlin gedragtet wird, schlossen am Dienstag die Vertreter der Fuhrherren und ausständigen Droschkenfutcher vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts einen Vergleich, wonach die Futcher am 7. Januar ihre Arbeit wieder aufnehmen. Die Futcher erhalten als Tagelohn 1 Mk. statt wie bisher 1,50 Mk. und 30 Prozent der Einnahmen, statt 25 Prozent. Das Abkommen soll bis zum 1. Juli Gültigkeit haben. Inzwischen soll von einer Schlichtungskommission ein neuer Vertrag vorbereitet werden.

Die Unruhen in Deutsch-Südwestafrika. Der Winbhufer Korrespondent der „Kolonialen Zeitschrift“ teilt durch Kabeltelegramm mit, daß auch im Osten des südwestafrikanischen Schutzgebietes Unruhen unter der eingeborenen Bevölkerung ausgebrochen sind. Der Stamm der Wandjerner ist auffällig geworden und hat bereits drei Farmer ausgeraubt und geplündert. Eine beschleunigte militärische Aktion zur Vermeidung weiterer Schädigungen der dortigen weißen Bevölkerung erscheint unaufschiebbar. — Die Wandjerner, wichtiger Namaant hernus, sind nach der „Frankf. Zeitung“ aus dem Ova-herero verwandter Stamm, gehören also auch zu den Bantu-Völkern, und haben sich gleichzeitig mit den Ova-herero im Schutzgebiet niedergelassen. Sie wohnen im Gebiet der Militärstation Gobabis, der sie unterstellt sind. Solange sich die Unruhen auf diesen Stamm beschränken, und sie wohl leicht zu unterdrücken. Schlimmer wäre es, wenn sie auf verwandte Stämme übergriffen, denn die Ova-herero werden im Ganzen auf 65 000 Seelen geschätzt. Die weiße Bevölkerung im Distrikt Gobabis beträgt 89 Personen, darunter 86 Deutsche und 3 Engländer. Die erwachsene männliche Bevölkerung zählt 82 Personen. Davon sind 33 Regierungsbeamte und Angehörige der Schutztruppe, 5 Geschäftsleute, 10 Kaufleute, 19 Anführer und Farmer und 15 Handwerker und Arbeiter.

Siebeposten aus den Kolonien. Nach einer telegraphischen Meldung des kaiserlichen Gouverneurs von Deutsch-Neuguinea ist die Handelsstation Osterhafen auf den Französischen Inseln, die der Insel neupommern nördlich vorgelagert sind, von Eingeborenen überfallen worden. Dabei haben der Händler Reinhardt und der Maschinist Voellert Leben eingebüßt. Die Eingeborenen sind durch die Expedition der Polizeitruppe, die in die Inseln nach Herbertshöhe zurückgekehrt ist, bestraft worden. — Die samoanische Gouvernements-Boat „O le Aeto“ ist am 2. Dezember im Hafen von Apia verbrannt. Die Einwohner von Apia wurden am 1. 7 Uhr durch zwei Explosionen erschreckt, die das Schiff in die Flammenmeer hüllten. Die Mannschaft des „Condor“ und der „Samoa“ nahm den Kampf mit dem brennenden Element auf, und es gelang nach längerer Anstrengung, den ausbrennenden Schiffsrumpf auf den Strand zu schleppen. Ueber die Entziehungsurache des Feuers konnte nichts bestimmtes ermittelt werden. Der als Führer auf dem Schiff anwesende Seemann wurde durch die Explosion ziemlich schwer an den Armen und der Brust verletzt, so daß er nach dem Sanatorium geschafft und bisher noch verarmen werden konnte. Die zerstörte Fackel war 40 Tonnen groß und hatte einen Benzinmotor von 50 Pferdekraft.

Kleine politische Nachrichten. Die Budgetmission des Reichstages beginnt ihre Beratungen am Mittwoch den 13. Januar mit dem Etat des Auswärtigen Amtes. — In den Reichstag hat der deutsche Verein für Frauenstimmrecht das Folgende gerichtet: Bei der bevorstehenden Revision des Wahlengesetzes vom 22. Juni 1896 die Bestimmung zu heben zu wollen, welche das weibliche Geschlecht vom Wahlrecht der Bürger ausschließt. In der Begründung wird angegeben, daß das Handelsgesetzbuch keinen Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Kaufleuten kennt. — Ein amerikanischer Repräsentant im Hause der Abgeordneten von seinem Militärausschuß ein Bericht unterbreitet, welchem das Haus erachtet wird, ohne Verzug die Mittel zur Befestigung der Küsten von Cuba und Hawaii auf den Philippinen zu bewilligen. — Chicago sind ungefähr 400 öffentliche Lokale Grund der Untersuchung, die zur Zeit dem Baugesetz nach vorgenommen wird, geschlossen worden. — Die bevorstehende Zollerhöhung in Venezuela bedingt der „Hamb. Corr.“ an. Wie das Blatt aus sonst informierter Quelle hört, soll in Venezuela eine baldige Erhöhung des Zolltarifs, namentlich für Textilwaren, erfolgen.

Defensive Ungers.

Die ungarische Refrutenvorlage ist nach Monate
gen Debatte endlich am Dienstag vom Abgeordneten-
s mit 161 gegen 51 Stimmen in der Generaldebatte
genommen worden. In dieser Sitzung kamen auch
Militärangelegenheiten in Vorkommen. Der
riegsminister v. Tisza erklärte zwar die Verträge
zwischen Österreich und Ungarn, jedoch sei es Tatsache, daß infolge
Zurückhaltung der Soldaten, die ihr drittes Jahr ab-
schießen hätten, sich Unzufriedenheit bemerkbar gemacht habe,
daß am 25. Dezember ein Fall von Verletzung der den
angeführten Soldaten Achtung vorgenommen sei, so daß
Mann verurteilt wurde. Die Untersuchung habe
festgestellt, daß die Widergesetzlichkeit planmäßig
verbreitet gewesen sei. Am 27. Dezember hätten
sich in einem Hofgarten in Pest „aufregende“ Reden
geführt, wodurch gegen 7 Mann ein Strafverfahren ein-
geleitet worden sei. In den Ausschreitungen hätten
gesamt 60 Mann teilgenommen, es sei
nur gegen 16 ein Strafverfahren ein-
geleitet worden. Auf eine Dringende Intervention wegen
angewandter Polizei erklärte der Minister, daß wenn

gleich die Beilegung der Disziplin nach den militärischen Vorschriften geahndet werden müsse, doch die mildern den Umständen beizuschließen werden müßten, welche in den außerordentlichen Verhältnissen begründet seien. — Der Regierung nahestehende Budapester Blätter führen, der „Voss. Stg.“ zufolge, die Militärunruhen auf den Einfluß einer auswärtigen Macht zurück. Das eine Blatt nennt geradezu Rußland als jene auswärtige Macht. Doch klingt diese Nachricht wenig glaubhaft.

Er mordung eines ungarischen Abgeordneten.
Der liberale Abgeordnete Paul Gremits ist Dienstag vormittag in Nagy-Ratinda von zwei Bauern durch Revolverkugeln und Stiche mit eisernen Stäben ermordet worden. Der Beweggrund zu dem Mord ist nicht bekannt, der Vater der Mörder hatte einen Prozeß gegen Gremits angestrengt.

Spanien.

Dem Ausstand der Hafenarbeiter in Barcelona schlossen sich auch viele ausländische Arbeiter an, die als Arbeitswillige angeworben waren. Auf Befordern der Streikenden versuchte der Hoiigouberneur mit den Vertretern der verschiedenen Schiffahrtsgesellschaften eine Einigung einzubringen, inbesscn scheiterten diese Verhandlungen schließlicb am Widerstreben der Unternehmer. Der Hafenverkehr steht fast gänzlich still.

Östfien.

Rußland marschirt! Ohne allen Zweifel, und in vollständigem Widerspruch zu den Friedensschätzern, die von Berlin aus ertönen, hat sich die Lage in Ostasien bedeutend verschlimmert. Die „Russische Telegraphen-Agentur“ meldet nämlich: Aus Wladiwostok wird (eben telegraphirt, daß nach Privatnachrichten aus Mukden infolge der in Korea entstandenen Streitigkeiten zwischen Japanern und Koreanern, das 2. Schützenregiment im vollen Bekande zum Schutze der russischen Interessen nach Korea ausgerückt ist. Die Militärsüge verkehren ohne Hindernisse, jedoch mit ziemlich großen Verspätungen. Auch die Passagierzüge, die fast täglich verkehren, haben große Verspätungen zu erleiden. — Da die Nachricht zuvor der Zensur der russischen Regierung unterlegen hat, entspricht sie fraglos der Wahrheit. Daß die Japaner aber mäßig aufpassen sollten, wie Rußland so ganz allmählich in Korea einmarschirt, ist nicht recht zu glauben, und so werden wir denn auch sicherlich sehr bald Kunde davon erhalten, daß Japan die Verschiebung der russischen Truppen mit einer gleichen Maßregel beantwortet hat. Wenn nicht alles irrt, ist demnach der Ausbruch des offenen Konfliktes zwischen den beiden rivalisierenden Mächten nur noch eine Frage weniger Tage.

[Faint, illegible handwritten notes]

Mittwoch, den 6. Januar 1904.

„Es herrscht im Senate nur Arbeitslust“. Diese Worte fielen in der letzten Bürgerschaftssitzung anlässlich der Beratung des Gesetzesentwurfes, betr. die Verwaltungsgeschäftsverteilung seitens des Herrn Senators Dr. Fehling. Leider scheinen diese Worte nicht im Einklang zu stehen mit den Thatfachen. Unsere Leser wissen zur Genüge, wie häufig wir Gelegenheit nehmen muhten, das äußerst langsame Arbeiten des Senats bei manchen Eingaben und Besuchen zu rügen. Wir erinnern hier nur daran, daß eine ganze Reihe Wochen verstrich, ehe der Senat der Eingabe des hiesigen Gewerkevereins zur Aufhebung des hiesigen Gewerbeverordnungsartikels um Aufhebung des hiesigen Gewerbeverordnungsartikels an das Reichsgesetz näher trat. Wir erinnern ferner an das Verweigen der Drochtköcherbesitzer um Gleichberechtigung auf den Halteplätzen. Wenn wir auch gerne zugeben wollen, daß manche Eingaben erst einer sorgfältigen Prüfung und der Anstellung näherer Ermittlungen bedürfen, so sind wir dennoch der Meinung, daß, wo doch Herr Senator Dr. Fehling keine Überlastung im Senat herrscht, seitens des Letzteren schneller gearbeitet werden kann und muß. Der Senat verlangt mit vollem Recht, daß ihm seitens der Bevölkerung Vertrauen entgegengebracht werden soll. Dieses Vertrauen aber muß gewinnen, wenn Eingaben von unserer Regierung mit geradezu bürokratischer Langsamkeit behandelt werden. Offenlich bietet sich uns jetzt nach dem obigen Ausspruch Gelegenheit, die Arbeitslust des Senates auch in der Praxis kennen zu lernen.

Wie die Post die Aushülfskräfte befohlen. Bekanntlich werden seitens der Postverwaltung zu Weihnachten und Neujahr Aushülfskräfte angestellt, um den gesteigerten Postverkehr bewältigen zu können. In der Hauptfache handelt es sich hier naturgemäß um Leute, die seit längerer Zeit arbeitslos, ein paar Mark verdienen wollen. Leider werden läßt die Bezahlung dieser Leute, sehr viel zu wünschen übrig. Von einem Freunde unseres Blattes haben wir uns folgende Schilderung der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes gegeben: Nachdem wir uns Mitte November gemeldet hatten, mußten wir uns am 18. Dezember morgens 10 Uhr im Briefträgeraal einfinden, wo alsdann die Einteilung erfolgte. Hierauf ging es zum Bahnhof zu näherer Instruktion. Diese ganze Sache nahm 2 Stunden in Anspruch. Am 21. Dezember morgens 7 Uhr erfolgte der Dienstantritt. Die Arbeitszeit währte diesem Tage 13 1/2 Stunden, am nächsten Tage 8 1/2, darauf 14 1/2, 8 1/2 und 12 Stunden täglich. Inszwischen hatten wir also 57 Stunden an Tagen gearbeitet. Lohn betrug pro Tag 2,50 Mk., das macht zusammen 12,50 Mk. Wir waren also für unsere doch eifrigste, recht anstrengende Tätigkeit mit noch nicht einmal 22 Bfg. pro Stunde entlohnt worden. Nicht gerechnet sind hierbei die obigen 2 1/2 Stunden, sowie die Zeit, die wir überflüssigerweise verwenden mußten, um am Weihnachtstage vom Bahnhof die Befreiung abzuholen, daß wir dort tätig gewesen waren. Auf diese Befreiung hin erhielten wir erst unser „schweres“ Geld Beträge von 12,50 Mk., abzüglich 30 Bfg. für 2 Jubiläumserhöhungsmarken. — Diese Schilderung beweist, daß die Post ihre Aushülfskräfte bezahlt. Nicht einmal 22 Bfg. pro Stunde verdienen die armen Menschen, die, durch die bittere Not gezwungen, der Post ihre Arbeitskraft auf 5 Tage verkaufen. So nützt eine staatsrechtliche Anstalt die Arbeitslosigkeit aus; sie weiß, daß, wenn wirklich dieser oder jener das nächste Mal den „fetten“ Happen verzichtet, hunderte anderer Arbeitsloser vorhanden sind, die mit diesem „färllichen“ Lohn für sich nehmen müssen, um nicht mit ihrer Familie Hunger zu leiden. Fürwahr, die deutschen Arbeiter werden eine „geduldeten Grütze“ bis an ihr Lebensende!

Die Firma Carl Thiel u. Söhne sendet uns folgen-
Schreiben:
In Nr. 2 Ihrer Zeitung vom 3. cr. befindet sich unter
Stichmarke „Achtung Maurer“ eine unsere Firma be-

treffende Notiz. Da dieselbe auf irrtümlicher Information zu beruhen scheint, erlauben wir uns, folgendes dagegen auszuführen. Im vorigen Jahr engagierten wir für einen kleinen Ofenumbau zwei Maurer. Denselben billigsten wir den vollen tarifmäßigen Lohn für gewöhnliche und Ueberstunden zu und verlangten nur die Einhaltung einer gleichen Arbeitszeit wie diejenige der übrigen Arbeiter unserer Werke. Es wurde in dessen folches abgelehnt und die Arbeit wieder aufgegeben. Der Grund, weshalb wir dieses Verlangen stellten, lag auf der Hand, denn es ist klar, daß die Arbeit nicht mit Maurern ausgeführt werden konnte, welche eine andere Zeit einhalten, als der von auswärts kommende Meister, die Arbeiter und die an den Ofenarmaturen beschäftigten Schlosser und Schmiede, welche alle Hand in Hand arbeiten müssen. Als nun zu Ende des verfloffenen Jahres gelegentlich der Inventuraufnahme, wie stets, einige größere Ofen-Reparaturen vorgenommen werden mußten, haben wir die Arbeiter der Firma Blund u. Sohn übertragen. Aus vorhin angeführten Gründen, und da von der rechtzeitigen Wiederherstellung der Oefen die Wiederaufnahme des Betriebes der Fabrik nach den Feiertagen abhängig war, mußten wir die Bedingung stellen, daß unsere Arbeitszeit voll eingehalten, und wenn nötig, Ueberstunden gemacht würden. Ein Grund, diesem durch die Umstände gerechtfertigten Ansinnen zu widerstreben, lag unseres Erachtens nicht vor, da die Arbeit in geschlossener, geheimer und erleuchteter Raum stattgefunden, weshalb die tarifmäßige festgesetzte Zeit für Bauarbeiten wohl in Frage kommen konnte. Wenn der Tarif bestimmt, daß in jetziger Zeit lediglich von 8 1/2 morgens bis 4 1/2 nachmittags gearbeitet wird, so geschieht es doch deswegen, weil nur zu dieser Zeit Tageslicht vorhanden ist, und würde in anderem Falle kein Mensch daran denken, eine so große Verkürzung der Arbeitszeit und des Verdienstes vorzunehmen. Eine Prinzipien- und Lohnfrage lag überall nicht vor, und drehte es sich ausschließlich um die rasche Beendigung der Reparatur, von welcher die Beschäftigung von 450 Menschen abhängig war. Unser Gesamtbetrieb besteht aus einer Reihe von Einzelbetrieben, von welcher kein Glied längere Zeit ausgegliedert werden kann, wenn nicht das Ganze ins Stocken geraten soll. Es handelte sich also im Gegensatz zu Ihrer Notiz um eine evidente Notarbeit. Auch konnte dieselbe nicht bei verkürzter Arbeitszeit durch Mehr-einstellung von Arbeitskräften beschleunigt werden, da in der Ofengrube und bei den kleinen Arbeitsflächen der betreffenden Oefen nicht mehr wie gleichzeitig zwei Maurer arbeiten und sich rühren konnten.

Es ergeben sich aber aus diesem Vorkommnis noch weitere Konsequenzen, auf welche hinzuweisen wir nicht unterlassen möchten. Ein ähnlicher Fall wird Ende dieses Monats eintreten, da ein abgängiger Brennofen umgebaut werden muß, sobald die nötigen Chamotten fertiggestellt sind. Auch diese Arbeit war der Firma Blund u. Sohn zugeordnet, und handelt es sich ebenfalls zur Aufrechterhaltung des Betriebes um die eilenhafteste Fertigstellung derselben. Ist die Firma Blund u. Sohn wegen des vereinbarten Zeittarifs dazu nicht in der Lage, so würden wir gezwungen werden, die Lieferung des ganzen Ofens für und fertig incl. Armaturen dem betreffenden Chamottewerk zu übertragen, welches sich speziell mit derartigen Arbeiten befaßt. Dann würde aber diese Arbeitsgelegenheit für ca. 6 Maurer und 6 Wochen (eine gleichzeitige Mehrbeschäftigung von Maurern ist ebenfalls ausgeschlossen), sowie die Arbeiten der Schlosser, Schmiede und Arbeiter der hiesigen Arbeiterkassette entzogen werden.

Wir glauben daher, daß bei unvoreingenommener Beurteilung der Frage jeder Einsichtige zu dem Resultat kommen muß, daß die Anwendung des für ganz andere Verhältnisse berechneten Zeittarifs für diesen und den oben erwähnten speziellen Fall nicht angebracht erscheint. Jedenfalls würde es bei der an und für sich knappen Beschäftigung im Winter doch im Interesse der in Betracht kommenden Maurer liegen, sich die Arbeit zu sichern, um so mehr, da, wie oben erwähnt, von einer Lohn- oder Prinzipienfrage nicht die Rede sein kann.

Hätten wir ein neu zu errichtendes Gebäude, bei welchem wohl in den letzten Fällen von einer Notarbeit gesprochen werden kann, in unserem Werk an einen Unternehmer zu vergeben, so würde es uns völlig unberührt lassen, welche Arbeitszeit derselbe mit seinen Angestellten vereinbart hätte.

Wir möchten es Ihrem Ermeßen anheimstellen, ob Sie die Klarstellung der Verhältnisse in Ihrem Blatte an gleicher Stelle wie die eingangs erwähnte Notiz veröffentlichen wollen, und zeichnen wir mit vorzüglicher Hochachtung

Stanz- und Emailierwerke,
vormals Carl Thiel u. Söhne, Aktien-Gesellschaft.
(gez.) Fritz Thiel.

Wir müssen es dem Gesellschafter der Maurer überlassen, sich zu diesem Schreiben zu äußern.

Turnhallenbauverein zu Lübeck. Eingetragener Verein. Am 28. Dezember hielt der Verein im „Reinshaus“ seine ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorsitzenden über die Wirkung des Vereins war zu entnehmen, daß die Zahl der Mitglieder zwar langsam, aber stetig zunimmt. Der Berichterstatter wies dann darauf hin, daß es bedauerlich sei, daß noch so viele Arbeiter, von denen man den Beitritt zum Verein erwartet hätte, diesem bisher ferngeblieben seien; hoffentlich würde sich dieses Verhältnis im neuen Jahre bessern. In den letzten Monaten sei an die Gemeindefürsorge und sonstigen Arbeitervereine Lübecks ein Rundschreiben gerichtet worden, mit der Aufforderung, die Bestrebungen des Vereins zu unterstützen. Dieses Vorgehen habe insofern ein günstiges Resultat gezeitigt, als die Verbände der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Zimmerer und der Gesangsverein „Eintracht“ dem Verein je 50 Mk. zum besten seines Baufonds überwiesen. Es komme dem Verein jedoch nicht nur dieser materielle Erfolg zu staten, vielmehr sei er auch als ein Beweis dafür anzusehen, daß sich in Arbeiterkreisen immer mehr der Gedanke Bahn bricht, daß der Verein einen guten Zweck verfolgt und daß die Arbeiterkassette imstande sei, aus eigener Kraft den bedrängten Arbeitern durch den Turnhallenbauverein eine eigene Turnhalle, welche allen Anforderungen an eine Pflanzstätte der Gesundheit gerecht werde, zu errichten. Nachdem noch der Kassierer und die Revisoren ihre Berichte gegeben hatten, wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Das Resultat war die Wiederwahl des alten Vorstandes und der Revisoren auf je 1 Jahr Amtsdauer. Nach Besprechung einiger innerer Angelegenheiten wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Das Bauamt des Bauvereins in St. Lorenz ist im verfloffenen Jahre von 10516 Personen, und zwar 8070 männlichen und 2446 weiblichen Geschlechts, in Anspruch genommen worden, ein Beweis, welcher Beliebtheit sich diese Einrichtung bei der Bevölkerung erfreut.

Ein literarisch besonders hervorragendes Werk „Der König“, Drama in vier Akten von Björnsterne Björnson, wird gegenwärtig unter der Regie des Herrn Rostert im Stadttheater inszeniert. Dieses Drama, eines der ersten Werke Björnsters und zugleich eines der besten,

blieb dem Publikum lange unbekannt, da es nicht nur in Preußen, wo es auch heute noch verboten ist, sondern auch in der Heimat des greisen Dichters unter dem Verbot der Zensur zu leiden hatte. Die Uraufführung in Deutschland fand diesen Sommer unter der Direktion Gottschald u. Stein im „Famimen-Theater“ in Nürnberg statt, und wirkte bei derselben: Elfe Mehnert, Felix Hoffert, Willy Krüger und Anton Menzinger, die ja auch hier bestens bekannt sind, durch Vertretung von Rollen künstlerisch mit.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Hoffmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

pb. Abhanden gekommener Wallach. In der Nacht vom 3. zum 4. d. Mts. ist zu Gremsmühl ein wertvoller Fuchswallach, ziemlich hell mit Blasse (großer Stern nach unten spitz verlaufend) etwa 4 bis 5 Jahre alt, 150 Meter groß, mit heller Mähne, Schweif unterhalb der Hüfte abgetrennt, mit Schraubstollen ohne Griff, abhanden gekommen und wahrscheinlich gestohlen, weil gleichzeitig ein weißer Tonhals mit Kiemenschild, eine hellgraue, fast weiße Decke und ein Pantur mit Riemen abhanden gekommen sind.

pb. Ermittelter Diebstahl. Ermittelt und festgestellt wurde ein hiesiger Handelsmann, der einem russischen Schiffsmaschinen, mit dem er mehrere Stunden zusammen saß, eine fast neue silberne Remontuhr mit Doppelschloß und Kette, sowie ein Zigarettenetui aus der Tasche stahl.

Der Arbeitshaus wurden im verfloffenen Monat 11 Personen wegen Betteln und ein wegen Betteln und Landstreichens überwiesen. Die Haftdauer schwankte zwischen 3 und 24 Monaten.

Enten. Vom Zuge überfahren und getötet. Am Montagabend bemerkte der Lokomotivführer des 7.10 Uhr abends von hier abgefahrenen Zuges bei der Ankunft desselben in Kiel, daß an seiner Maschine eine Ente hing. Die sofort angestellten Nachforschungen ergaben, daß gleich hinter dem zweiten Wäckerhause am Vogelbergsweg unweit Enten sich ein unbekannter Mann vom Zuge hatte überfahren lassen. Der Kopf war vollständig vom Rumpfe getrennt und die Beine waren gebrochen. Aus den Papieren ersah man, daß es sich um einen Seemann handelte. Die Leiche des Selbstmörders, denn um einen solchen kann es sich wohl nur handeln, wurde in das hiesige Krankenhaus geschafft.

Meine Schwaiger Nachbargeliebte. Die Bürgerwahlen in Hamburg finden in der Zeit vom 12. bis 29. Februar statt. Das Hauptinteresse konzentriert sich naturgemäß auf die am 12. Hauptstimmende allgemeinen Wahlen. Günstig bringen diese unsere Genossen trotz der Wahlrechtsverschlechterung glänzende Erfolge. — Das Treiben der Elbe bei Lauenburg hat sich weiter vermehrt. Auch die Passagierdampfer haben dort gestern mittag ihre Fahrten eingestellt. — Auf einem Tanzvergnügen trank der Sohn eines Altbürgers in Wittenburg aus einer Flasche Karbol und starb bald darauf unter entsetzlichen Qualen. Es wird angenommen, daß er, der um den Inhalt nicht mit Bestimmtheit gewußt, infolge Negerie aus der Flasche getrunken hat. — Das Leichnam in Sternberg ist nunmehr vollständig in flüchtigen Stoff übergegangen. — Montag Nacht brannte das dem Väter Reich in Waren gehörige Haus mit Stallungen total nieder. Die angrenzenden Häuser wurden durch Wasser, Feuer und einstürzende Wände stark beschädigt. — Nach einer Meldung aus Lauenburg wurde ein Bremer bei Neuenwege im Dienste von einer Lokomotive angefahren und getötet.

Hamburg. Wahlrechtsverschlechterung nach sächsischem Muster. Das Wahlgesetz zum Parlament der Republik Hamburg ist ein exzessives, ein Dreiklassenwahlrecht sächsischer Sorte. Und die Liberalen erwärmen sich nicht nur für die Erhaltung der aus dem Mittelalter herübergeerbten Notabeln- und Grundeigentümerwahl, sondern arbeiten auch an der Verschlechterung der allgemeinen Wahlen und genehmigen obendrein eine einseitige Handhabung der gesetzlichen Zensurvorschriften. Das von der hamburgischen Volksvertretung gutgeheißene Verfahren der Steuerdeputation haben wir kürzlich gekennzeichnet. Nunmehr hat bekanntlich die Bürgerkassette in ihrer letzten Sitzung — unter Zustimmung der Linken! — eine Wahlrechtsverschlechterung den Arbeitern-Bürgern als Neujahrsangebinde überreicht. Es tut den Herren längst leid, daß sie vor ein paar Jahren in einem Anfall von Anstandsgefühl eine geringe Verbesserung der Bestimmungen für die allgemeinen Wahlen gutließen, obwohl das neue Gesetz fast genau den Zuwachs von neuen Wahlberechtigten brachte, wie ihn die Herrschaften selber voraussehen. Die nunmehr endgültig gewordene Wahlrechtsverschlechterung ist mit einer Selbstmordigkeit vollführt worden, die man von den Gesetzgebungs-maschinen nimmer erwarten sollte. Eine Regulierung der Einkommensverhältnisse der Schreiber und Staatsarbeiter kommt überhaupt nicht aus dem Stadium der „Anregung“ hinaus, und ein Gesetzentwurf über Verpflegung der Nichtstehenden im Staatsdienst wird schon seit Jahren „ernstlich erwogen.“ Aber schon drei Wochen nachdem die Bürgerkassette die Verbesserung der Wahlrechtsbestimmungen gewünscht hatte, legte der Senat das fertige Gesetz vor! Und nach abgelaufenen drei Wochen hat die Volksvertretung ihr Jawort in zweiter Lesung dazu gegeben!! Dagegen stimmte natürlich der sozialdemokratische Vertreter, die Antisemiten natürlich dafür, denn sie haben nichts mehr zu verlieren. Die Linke hatte noch vor kurzem erklärt, die nächsten Wahlen (Februar 1904) sollten nach den alten Bestimmungen stattfinden. — Die neuen Bestimmungen sehen Einzel-Wahlbezirke vor, deren Einwohnerzahl zwischen 9000 und 10000, deren Wählerzahl aber zwischen 900 bis 1000 sich beläuft. Sodann sind die Stichwahlen eingeführt worden, die bisher kein Ordnungsmensch in Hamburg für nötig hielt. Alles das nur, um den Sozialdemokraten das Wasser abzugraben! Daß bisher die Stichwahlen fehlten, war immerhin ein wenn auch fadenheißes Äquivalent für die Vorrechte der Notabeln und Hauseigentümer, die drei- und zweimal wählen, während die übergroße Zahl der Arbeiter überhaupt nicht „mitreden“ darf. — Doch die Phylakter-schlaucht wird nicht viel nützen, denn eine Vermehrung der sozialdemokratischen Vertreter läßt sich nach Lage der Dinge nicht verhindern; man mühte schon ganz fälschlich werden und den Arbeitern, Handwerkern und kleinen Beamten das Wahlrecht ganz und gar nehmen. Kann man sich übrigens eine bessere Republik denken, als eine, in der ehrliche Arbeiter entweder Wähler dritter Klasse sind oder ganz mundtot gehalten werden, während Korbellwirte kraft ihres höheren Einkommens wahlberechtigte Bürger werden müssen und sogar, wenn sie Herr im eigenen Hause sind, zweimal wählen dürfen!

Hamburg. Ein blutiges Liebesdrama spielte sich gestern in einem Hotel in der Spaldbingstraße ab. Dort wohnte seit drei Tagen ein junges Paar, ein angeblicher Kaufmann Hennings aus Breslau und eine junge Dame, die er als seine Frau ausgab. Gestern morgen hörten

die Hotelbediensteten plötzlich mehrere Revolvergeschosse; sie drangen in das Zimmer ein und fanden den jungen Mann auf dem Bette liegend schwerverwundet vor. Die junge Dame lag, ebenfalls verwundet, auf dem Fußboden. Der junge Mann hatte einen Revolver in der Hand, auf den er sich richtete und zwei Schüsse auf sich abfeuerte, von denen der eine die rechte, der andere die linke Halsseite traf. Er verstarb nach wenigen Minuten, während die nicht lebensgefährlich verletzte junge Frau ins Krankenhaus gebracht wurde. Unter den Effekten des Paares fand man Briefe, aus denen hervorging, daß es sich nicht um ein Ehepaar handelte. Die Vernehmung der jungen Dame ergab, daß diese Emma Harmsen heiße und in Emsbüttel wohne. Der Eriehoffene ist ein 29-jähriger Eisenbahnpraktikant, der aus Stettin in Ostpreußen. Die beiden kannten sich schon seit dem Jahre 1900. Hatte wollte vorübergehend hier und hatte sich mit seiner angeheirateten Frau in dem Hotel einlogiert. Nach Aussage der Harmsen hat er dieser Zumutungen gestimmt, die sie abgelehnt, worauf er den Revolver ergriff, auf die Harmsen schuß und dann sich selbst durch zwei Revolvergeschosse tötete. — Opfer des Meeres. Nach den vom „Bureau Veritas“ veröffentlichten statistischen Listen sind in den schweren Novemberstürmen, soweit es sich bisher hat ermitteln lassen, 95 Schiffe vollständig verloren gegangen und zwar 75 Segelschiffe mit 34279 Registertons und 20 Dampfschiffe mit 32393 Registertons. Darunter befinden sich 5 deutsche (3 Segelschiffe und 2 Dampfschiffe mit zusammen 146 Registertons). Außerdem weist die Liste noch 518 Schiffe auf, die durch Unfälle u. a. Beschädigungen erlitten haben. Darunter befinden sich noch 51 deutsche. — Der Nordpolarfahrer Peary beabsichtigt das deutsche Südpolarforschungs-„Gauß“ für seine Nordpol-Expedition anzukaufen.

Bremen. Der bremische Senat als Gesichtsschreiber. Der Senat ließ zur Erinnerung an den Besuch Kaiser Wilhelms I. in Bremen über dem Eingang des Hauses Am Wall 146, in welchem der Kaiser als Gast des Bürgermeisters Meier wohnte, eine marmorne Gedenktafel anbringen, die folgende Inschrift trägt: „Kaiser Wilhelm I. wohnte am 15. und 16. Juni 1869 in diesem Hause.“ — Was würde, so schreibt hierzu unser Bremer Parteiorgan, die Weltgeschichte wichtige Ereignisse nicht durch eine kleinere Tafel unter die Arme gegriffen worden wäre. Der 16. Juni hat übrigens auch im späteren Verlauf der bremischen Geschichte bekanntlich noch eine weitere nicht uninteressante Bedeutung: am 16. Juni 1903 legte die bremische Sozialdemokratie mit über tausend Stimmen über den Liberalismus. Vielleicht begeht dieses historische Ereignis nach weiteren vierunddreißig Jahren den dann zweifellos schon völlig sozialdemokratischen Senat zur Unbringung einer Tafel am Eingang des Hauses Hansestraße 21, 22 mit der Inschrift: Der kleine Schenkwirt aus Bremerhaven erfuhr seinen Sieg am 16. Juni 1903 über Freie in diesem Hause.

Rechte Nachrichten.

London. Eine furchtbare Explosion fand in den National Explosive Works von Hayle, Cornwall statt. Vier Personen kamen dabei um, mehrere wurden verletzt. Die Explosion ereignete sich in der Nitroglycerin-Abteilung. Die ganze Gegend wurde in schwarzen Rauch eingehüllt, der von explodiertem Dynamit oder Cordit herührte. Fast alle Fenster scheibten in einer Entfernung von drei (englischen) Meilen von Hayle sind eingedrückt, auch in Penzance, das acht Meilen von Hayle entfernt liegt, wurden viele Fenster zertrümmert. — Ueberfall im Bureau. Ein 17-jähriger junger Deutscher, Thomas Schütz, griff Montagvormittag in der City seinen Prinzipal, Laue, den Manager der „Electric Light-Extraction Comp. of Australia“ mit einer Axt an, die er eigens zu diesem Zweck in Papier gewickelt, in das Bureau gebracht hatte. Er übergab dem Prinzipal zum Schein einen von ihm selbst adressierten Brief, der aber nur leere Rogen enthielt. Während nun der Prinzipal den Brief öffnete, führte Schütz von hinten seine Schläge aus. Dann verließ Schütz in Hemdsärmeln und ohne Hut ganz ruhig das Geschäft und ist seitdem verschwunden. Das Bureau zeigte die Spuren des heftigen Kampfes. Laue hatte zwei Schläge am Kopf erhalten, die jedoch nicht tödlich sind.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 5. Januar.
Der Schweinehandel verlief flau.
Zugeführt wurden 4400 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Verlanstschweine, schwere 46—48 Mk., leichte 46—47 Mk., Sauen 40—45 Mk. und Ferkel 43—46 Mk. pro 100 Pfund.

Golz-Verkauf.

Oberförsterei Koberg.
Schuhbezirk Davenau.
Am Sonnabend 16. Januar 1904,
vormittags 10 Uhr, beim Schenkwirt Fr. Groll
in Davenau aus den Forstorten Berggraben
und Kienboiser Juchlag:
1 Am Eichen-Hutlofen
8 Stk. Fichtenstämme mit 0,91 fm.
60 Stk. Fichtenstangen 1.—3 m.
45 Am. Eichen-Floten,
ca. 450 Am. Buchen-Floten,
140 Am. Buchen-Knüttel,
1 Am. Weichholz-Knüttel,
18 Haufen Eichen-Knüttel,
220 Haufen Weichholz-Knüttel,
3 Haufen Buchen-Knüttel.
Spezielle Verzeichnisse liegen an den bekannten
Stellen zur Einsicht aus.
Der Kreisaußschuß.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Bauarbeiter-Frühkomitee
und Hilfskomitee.
Abrechnung vom Weihnacht-Vergütungen
am Donnerstag den 7. Januar
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Unser Inventur-Ausverkauf hat begonnen.

Ecke Sandstrasse **W. Blumenthal** Lübeck Kohlmarkt
Schuhwaren-Handlung.

Unsern Kartenbruder, dem Altmann Paul Beher, zu seinem 27. Wiegehefte ein dauerndes Ged.

Gestern Abend 4^{1/2} Uhr nach langen qualvollen Leiden meine liebe gute Frau und meiner Kinder neuvergebende Mutter **Henriette Kopp, geb. Schmidt**, im 89. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübten Verstand zu die trennenden Hinterbliebenen
A. Kopp u. Kinder.
F. Schmidt.
Lübeck, den 6. Januar 1904.
Die Beerdigung findet am Donnerstag Mittag 12^{1/2} Uhr nach Truhenstraße 30, Trauerstraße 65, aus statt.

Eine Zweifamilienwohnung zu verm.
Grünerstraße 8a.

Zum 1. April eine Wohnung
1. Etage, enth. 3 Zimmer nebst Zubehör, zu verm.
Wolfsgraben 10. parierte.

Ein möbl. Zimmer zu vermieten.
Kohlmarkt 65, 1.

Ein möbliertes heizbares Zimmer
Schwarzenstraße 16.

Etage zu vermieten
enth. 3 Zimmer nebst Zubehör
Wandstraße 14, par.

Gestern am 1. April eine größere Zweifamilienwohnung zum Verkauf mit allem Zubehör.
Kgl. u. S. 3 an die Gr. 1. St.

Zu verkaufen ein Haus mit allem Zubehör (2. St.) für 2 Stk., ein kleinerer Hof mit Ausfahrt im Hinter von 12-15 Jahren, 1000 m, und ein kleiner Garten. Gr. 1. St.

Ein paar geputzte Schafschädel, nebst für Kinder u. 1. St. zu verkaufen
Kohlmarkt 65a.

Zu verkaufen ein Haus mit allem Zubehör, 1. St. 106 m, 1. St. 1. St.

Ein möbliertes mit ein geräumiges Bett und 6 Stühle billig zu verkaufen
Kohlmarkt 24.

Wegen einer Familienfeier bleibe mein Geschäft am Donnerstag nachmittags von 6 Uhr an geschlossen.
J. F. B. Grube.

Ausverkauf
vor'm Mühlenort
bei Rad Kracht, Röhre, Alter 40

zurückgekauften Schokolade, Kaffee, Pfeffer, Zucker, Tee, Obst, Gemüse, Fleisch, Fisch, Eier, Butter, Margarine, etc. etc. zu niedrigen Preisen.

Herm. Harlog
Abbruch-Geschäft
Kohlmarkt, nach. der Glasengießerstr.
Verkauf
von allen abzunehmenden
Abbruch-Materialien.
Schmidt 144.

Kleingewerbliches Inventar
zu 60 % abzugeben.

Leinwand- und Eisenwarenhandel
Kohlmarkt 14.

Leinwand- und Eisenwarenhandel
Kohlmarkt 14.

Schutz vor Kälte!
Bieten meine aus den besten Damen- u. Kinderunterzeuge.
J. Glück, Reiferstraße.

Brauerei Zur Walkmühle.
Der Ausstoss meines
Bock-Bieres
beginnt am
Donnerstag den 7. Januar.

Sonntag den 10. Januar:
1. grosses humorist. Bockbierfest.
H. Lück.

Neue Welt-Kalender
für 1904. Preis 40 Pfg.

Wer noch auf obigen Kalender reflektiert, wird ersucht, denselben recht bald bei uns zu entnehmen, da nur noch wenige Exemplare vorhanden sind.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Sarg-Magazin
von **Georg Behuck**
4 Wandersbüchse 1 (St. Lorenz).

Zu verkaufen ein Haus mit allem Zubehör (2. St.) für 2 Stk., ein kleinerer Hof mit Ausfahrt im Hinter von 12-15 Jahren, 1000 m, und ein kleiner Garten. Gr. 1. St.

Die Lübecker @ Margarine-Fabrik „Hansa“
J. Schröder & Co.
Kohlmarkt 7. Telefon Nr. 913

Margarine
Kohlmarkt 7.

Margarine
Kohlmarkt 7.

Zimmerer

Der Sammlung
am Donnerstag den 7. Januar
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 30/32
Tagesordnung u. a.:
1. Abrechnungen
2. Jahresbericht
Der Vorstand

Arbeiter-Radfahrer-Verein LÜBECK.

General-Versammlung
Donnerstag den 7. Januar 1904
präzise Abends 8^{1/2} Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 30/32
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1903
3. Jahresbericht des Vorstandes 4. Vorstands-wahl. 5. Fragestunde 6. Verschiedenes.
Der Vorstand

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 8. Januar
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 30/32
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Weihnachtstfest
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand

Circus Variété.
Heute Donnerstag:
Gr. Familienabend.
Der wunderbare
Neujahrs-Spielplan
Anfang präzise 8 Uhr.

Der Barbier von Sevilla.
Zum Einsiedler.
Anfang präzise 8 Uhr.
Freitag den 8. Jan. 7^{1/2} Uhr.
Zapfenstreich.

Zapfenstreich.

Bilder aus Korea.

Vor 25 Jahren nannte ein amerikanischer Missionar, der über Korea schrieb, das Land, das gegenwärtig so heiß von Japan und Korea umstritten wird, das „Einsiedler-Königreich“. Damals paßte die Bezeichnung; denn Korea war der westlichen Welt kaum weniger zugänglich als Schaffa. Aber die Lage im fernen Osten hat sich seitdem überraschend schnell geändert, und Korea ist heute weder das „Land der Morgenröte“, wie die Chinesen es poetisch nennen, noch ein Einsiedler unter den Wäldern. Das unglückliche Land ist der Spielball seiner mächtigen Nachbarn geworden, und es ist ihm wahrscheinlich das Schicksal bevor, der internationalen Kampfplatz Asiens zu werden.

Die Koreaner erklären sich hauptsächlich aus dem Charakter ihrer Bewohner, von dem ein englischer Beobachter ein sehr wenig schmeichhaftes Bild entwirft. In einem Schlußsatze würde der Koreaner sich jedenfalls der Unmännlichkeit nähern. Wenn die Erde von jähem Kataklysmen befreit würde, wenn fertige Kleider auf den Bäumen wüchsen, so würde sein Leben auf Eiden mühselig sein. Dabei müßte er aber noch einen Kuli haben, der das Mantra aufklopft, und eine Frau, die die Frucht des Kulisbaumes abschneidet. Zum Unglück für den Koreaner geht es in der Welt nicht nach diesen Grundregeln zu, und wenn so ältliche Leute wie die Japaner, die Japaner und die praktischen Chinesen auf dem Schauplatz erscheinen, so sind Situationen die notwendige Folge. Der unglückliche Koreaner beklagt sich über die Chinesen, aber er macht absolut keine Anstrengungen, um mit ihnen in Wettbewerb zu treten. Er sorgt nur für seine Ruhe, selbst wenn die obere Bequemlichkeit ist, und sein einziger Ehrgeiz ist es, einen Sohn zu hinterlassen, der sein Grab vertritt, wenn er in das Nichts übergegangen ist. Der Koreaner ist eine menschliche Wesenheit: er hat eigentlich nur eine einzige Leidenschaft. Auch diese Liebe muß ihm ein anderer anstreben. Dem Geliebten muß der Kuli die Liebe zum Schreiben beibringen. Ist ein Kuli ungeschicklich, so wird der wahre Kuli ihn nicht überleben lassen, sondern diese Aufgabe einem Unerfahrenen übertragen. Der Koreaner läßt die Kuli als Kuli, aber hochachtungsvoll. Die Kuli sind langwachen, und selbst wenn er Schwach spielt, muß er an anderen für ihn die Hände tun. Diese Ehrlichkeit findet ihren höchsten Ausdruck bei dem Stillschreiben; wenn er sich öffentlich zeigt, so wird er auf seinen Seiten von Schreibern durchdrungen. Das Gewicht seiner Pflichten würde ihn sonst zu Boden drücken. Wenn ein Kuli reist, so sollen ihn die Kuli, die er mit sich führt, im Sattel. Es ist daher nicht erstaunlich, daß alles von Bedeutung in Korea von Fremden getan wird. Die Japaner herrschen die Wohnen, Posten, Telegraphen, Schulen und Banken und überlassen der koreanischen Regierung die Pflichten, die sie für die Kuli hält, nämlich große Summen für königliche Kläre und andere Kundgebungen der großen Pflicht des Menschenkultus auszugeben.

Wie koreanische Beamte eine öffentliche Arbeit unternehmen, zeigt folgendes: Vor wenigen Jahren sollte in einem Akt von Energie eine Volkszählung vorgenommen werden. Die Zähler erschienen nun das Volk darauf, daß sie sagten, es solle eine neue Steuer eingeführt werden. „Wären Eure Namen aufgeführt, so müßte für der Väterung Euer halbes Einkommen bezahlet. Es wäre billiger, wenn für und einige Mark bezahlt, damit wir Euren Namen aufzeichnen.“ Das Geld wurde natürlich bezahlt, die Namen nicht eingetragen, und die koreanische Regierung fand, daß sie statt der angenommenen 30 Millionen Einwohner nur einige Hunderttausend besaß.

Die für das Nötigste für sehr wichtig gehalten. So konnte man z. B. eine kleine Monographie über die koreanischen Kuli schreiben. Für jeden Rang, jeden Beruf und fast jedes Stadium des Lebens gibt es verschiedene Arten der Kopfbedeckung. Die Soldaten haben

Kopfhäute, mit vielfarbigen Bändern gebunden; ein Gouverneur hat eine Art Mitra aus vergoldeter Wappe; jede Beamtenklasse trägt eine verschiedene Kopfbedeckung; die königlichen Diener tragen ein Gefährte aus Bambus mit einem großen Stab tüftlicher Bänder; die Mönche tragen eine Bedeckung aus Birkenmatten; die Gelehrten haben Drähte mit roten Spitzen, die wie Hühner eines Schmetterlings aussehen; das Kammermädchen trägt eine riesengroße Perrücke. Ein Verlobter trägt ein sonderbares Strohgebäude, das er am Hochzeitstage wegwirft. Er kann sich nicht verheiraten oder verloben, bis die vorgeschriebene Zeit vorüber ist; unglückliche Jünglinge, deren Verwandte zu unglücklichen Zeit starben, haben Jahre warten müssen, bis ihre Geliebten die Felle der Jugend lange hinter sich hatten. Das kränkt einen wohlgezogenen Koreaner aber nicht. Er zeigt tiefe Verachtung für das Wab und nimmt das von seinem Vater aufgesetzte Mädchen zur Frau, ob sie groß oder kurz und dick, klein oder mager, kräftig oder kränzlich ist. Er behauptet seine Frau, als wenn sie für ihn gar nicht in Betracht käme, und gewöhnlich besteht er sich auf sie mit den Worten: „Meine wie heißt sie doch?“ Aber in Wirklichkeit hat die Frau sehr viel zu sagen, und kein Mann steht mehr unter dem Pantoffel, als dieser selbe hochmütige Koreaner.

Sozialen und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Beilegung des Berliner Dreikontinentalen Auslands hat das Einverständnis des Berliner Gewerkschafts am Montag mit dem Verband der Druck- und Buchbinder, da eine Einigung nicht zu erzielen war, um Vergleichung vorgeschlagen. Die Arbeiter einer paritätischen Schlichtungskommission waren dem Vorzug eines Streiks mit dem Auftrag, einen neuen Lohnvertrag auszuhandeln.

Gemeindevahlen. In Steglitz (Berlin) wurden bei der Gemeindevahl in der Nacht der vergangenen vier Parteien gewählt. Bei den württembergischen Gemeindevahlen wurden diesmal insgesamt in 34 Orten 62 sozialdemokratische Gemeinderäte gewählt. In der Rheinprovinz, gegen 25 in 21 Orten vor zwei Jahren.

Von der Parteikasse. Die Spandauer „Deutsche“ hat ihre Einnahmen eingestellt. Finanzstelle der Partei werden als Grund dafür angegeben. — Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Eisen vertritt sich um Einverständnis mit anderen deutschen Gewerkschaften der Partei den Plan zur Schließung eines Parteibüros mit dem Ende eines eigens Partien für den Wahlkreis Eisen zu stellen.

Genosse Mecke, Notar an der „Volksstimme“ in Chemnitz hat eine dreimonatige Gefängnisstrafe angetreten. Die Strafe wurde am 23. Juni vom Landgericht zu Rottberg i. W. wegen angeblicher Beleidigung des ehemaligen Polizeipräsidenten Schar verhängt.

Wegen Verleumdung des Offizierskorps des 110 und 111. Infanterie-Regiments wurde der verantwortliche Redakteur der „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. Genosse Detlev Daint, zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Aus dem Lande des Terrorismus. Wie schon mehr die rügendste Presse immer von Terrorismus der Sozialdemokraten zu berichten. Jede Gewerkschaft wird dazu bewegt und jeder Fall, der sich zu diesem Zweck umstellen läßt, wird herangezogen, um die verwerfliche Handeln zu charakterisieren. Das die Sozialdemokraten aber gegen die Unterhändler und gegen die Staatsbedürden in der Anwendung von Terrorismus noch Wankende sind, das ist schon tausendfach an der Hand von schmerzlichen Fällen gezeigt worden. Es macht sich aber besonders dann, wenn man Dokumente von den königlich preussischen Eisenbahn-

verwaltungen zum Beweise heranziehen und zeigen kann, wie hier mit Arbeiterregimenten gespielt wird. Das Organ der Eisenbahner, „Der Arbeiter“, druckt in seiner letzten Nummer wieder fünf Erlasse ab, die zum Teil für die Betroffenen Uebersetzungen waren, teils zeigen, daß es für preussische Bahnbeamte und Werkstättenarbeiter nicht nur kein Koalitionsrecht, sondern auch kein Petitionsrecht gibt. Es braucht einer durchaus nicht einmal Sozialdemokrat zu sein, er braucht nur im Verdacht zu stehen, daß er sich nicht alles gefallen läßt, dann hat sein letztes Stündlein beim Arbeitgeber Staat geschlagen. Daß ein solches System auch Unschuldige treffen muß, liegt auf der Hand und in einer der Bekanntmachungen wird auch ein solcher Fall wegen unrechtmäßiger Entlassung amtlich festgestellt. Ein solches Vorgehen läßt die Arbeiterverhältnisse, die die Staatsverwaltungen doch sein sollen, in das richtige Licht. Der Arbeitgeber Staat, der fortwährend über den Terrorismus der Arbeiter jenseit, zeigt sich selbst, indem er die schärfsten Strafen gegen seine Arbeiter anordnet, als der größte Terrorist.

Regierung und Gewerkschaft. In Berlin veranlaßte die Gewerkschaft für soziale Reform in diesem Winter öffentliche Vorträge mit Diskussion über die Heimarbeit. Einer dieser Vorträge hielt die Gewerkschaft in der Disziplin, die sich an diesen Vorträgen beteiligte, waren auch Gewerkschaftsmitglieder. Sie bestritten die Behauptung, daß der Gewerkschaftsverband und seinen Haupt als im richtigen Licht, und daß wurde auch, wie wir der „Sozialen Praxis“ entnehmen, mitteilt, es sei Berliner und Gewerkschaftsmitglieder Konfliktverhältnisse gelungen, die Regierungsgewerkschaften zu überzeugen, daß die Gewerkschaften nicht so schuldig seien und bei gelegentlichen Eingriffen sehr vorsichtig vorgegangen werden müßte. — Das ist eine sehr interessante Mitteilung, die man sich für die weitere Aktion zur Bekämpfung der Heimarbeit merken muß. In diesen Wochen findet in Berlin ein Kongress statt, der dem Schicksal der Gewerkschaften gewidmet ist. Die Regierung wird wohl wohl von den Gewerkschaften eingeladen werden; man wird aus dem Verhalten der Regierung zu diesem Kongress schließen können, ob sie sich auf die Unterdrückung oder nur von den Konflikt als „überwunden“ läßt.

„Wie viele tote Wunden können einen todschlagen!“ In der „Arbeiterzeitung“ steht: „In einem Wirtshaus in Landau sollte ein Mann, der ein Wirtshaus ein, der es offenbar darauf abgesehen hatte, die dort anwesenden Gäste zu töten; es war der von uns bereits einmal erwähnte Händel und Kellner Händel aus Jauern, der bald nach seiner Rückkehr aus Jauern nach Chemnitz als Händelwirt ging. Er erklärte, daß er am Sonntag noch Kellner wollte, um dort Wunden für Chemnitz zu sammeln, die dortigen Arbeiter seien seine Hunde. Dann sagte er: „Wir (die Arbeiter) können in Chemnitz einen todschlagen, und wird geholt.“ Die Aussage ist sehr beachtenswert, die Arbeiterwunden a la Händel sind offenbar davon überzeugt, daß ihnen all und jedes erlaubt ist. In Landau kam der Händelwirt freilich vor die unrichtige Schmeide, denn seiner Kellner, probatissimo Schmeide hat er nicht erziehen dürfen, und was er an die frische Luft befördert.“ — Kommentar: Händel!

Frauen in der Gewerkschaft. Eine zweite Mission ist im Gewerkschaftsbereich für Württemberg eingeleitet worden. Württemberg war auch der erste Staat, der im Frühjahr 1899 den Versuch machte, Frauen bei der Fabrikinspektion zu verwenden. Seitdem sind die meisten deutschen Staaten diesem Beispiel gefolgt. Preußen beschäftigt jetzt nur weibliche Beamte, davon drei in Berlin. Auch in Frankreich werden die meisten, den Fabrikinspektoren beigegebenen Assistentinnen in Paris verwendet wo die geübtesten Meister der Bekleidungsindustrie ihnen ein weites

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

20. Fortsetzung.

„Und wer sollte das sein?“ erwiderte der Graf, ohne es aber weiter der Mühe wert zu halten, den Fremden anzusehen. Er nahm nur sein Glas Cherry und sah langsam darauf, während das Gespräch am ganzen Tisch flackte und die Offiziere einander lächelnd anblickten.

„Yes damn it,“ sagte Mr. Hummel verlegen, „auf den Namen kann ich mich jetzt nicht gleich besinnen.“

„Mein Name ist Graf Rauten. Bin ich Ihnen bekannt?“

„Graf Rauten? No — bless my soul, da hab' ich doch unter dem falschen Baum geholt, excuse me, Sir. Mein Name ist...“

„Ich bin gar nicht neugierig,“ sagte der junge Graf mit einem so trockenen Abwinken, daß Herr Hummel sich geradezu ausgelacht hätte. Mr. Hummel selber war dadurch aber so vollständig außer Fassung gebracht, daß er eine verlegene Verbeugung machte und, ärgerlich über sich selber und die ganze Welt, denn das vergnügte Lächeln auf den Gesichtern der Uebrigen konnte ihm nicht entgehen, den Hut aufsetzte und ohne weiteres das Lokal verließ. Seine beiden Verwandten konnten ihn kaum bis zur Tür wieder einholen.

„Das war famos,“ lachte Hans, als die Herren den Raum verlassen hatten, „den hast Du prächtig ablaufen lassen, Rauten. Ich kenne diese Art Deutsche, die sich eine Weile in den Staaten herumgetrieben und ein paar Taler Geld verdient haben. Nachher wollen sie dann die Amerikaner spielen; es bleibt kaum etwas Unangenehmes.“

„Widerliche Patron,“ sagte der Graf gleichgültig, „laut Tabak wie ein Krieger. Psst, mir war seine Atmosphäre schon zuwider!“

„Vor dem bist Du sicher,“ lachte Hans, „so bald redet Dich der nicht wieder an. Wie gehen wir, meine Herren?“

Es war, in allen bürgerlichen Familien wenigstens, Mittagzeit geworden, und die meisten der Offiziere, die in einem Kaffeehaus oder Hotel aßen, mußten ebenfalls ihre Stunden einhalten.

Hans von Solberg, Hauptmann von Türbeck und Graf Rauten schlenderten zusammen nach einem Weg und sprachen dabei lebhafte miteinander. Graf Rauten hatte Hans gefragt, ob die Amerikaner alle solch umfangreiche Verhüllungen wären, als sie das eine Exemplar da oben in der Restauration gefunden, und Hans gab ihm eben eine lebendige Schilderung einiger dieser vollständig amerikanischen Deutschen. Im ersten Gespräch bemerkte er dabei nicht, wie ihnen auf dem schmalen Trottoir ein kleiner, verkrüppelter Mann — es war Ruy, der Schreiber des Notars Pöfner — entgegen kam und dadurch ausweichen mußte, daß er sich an das nächste Haus andrückte. Hans bemerkte ihn gar nicht und trat so fest gegen ihn, daß er den kleinen künftigen Menschen fast über den Haufen gestoßen hätte. Aber im Nu sprang er zu, hielt ihn und rief: „Oh! ich bitte tausendmal um Entschuldigung, habe ich Ihnen wehe gethan? Es ist gewiß nicht absichtlich geschehen.“ Hans, in seiner Güte, sagte dabei des kleinen Mannes Hand und schüttelte sie herzlich.

„Ach nein, ach nein, gar nicht, ich danke Ihnen,“ erwiderte Ruy verlegen, während sein Antlitz blutrot übergegangen schien, „es hat nicht weh getan,“ und er machte sich los und eilte die Straße hinab.

„Den Bockel hättest Du beinahe tot getreten,“ lachte Rauten.

„Der arme, kleine Mensch,“ sagte Hans, „es war zu ungeschicklich. Ich hätte ihm gern etwas gegeben, aber er sah zu anständig an.“

„Das sieht auch noch,“ meinte der junge Mann, „Du

hast ihm Abbitte genug geleistet, warum geht er nicht aus dem Wege; die Straße ist breit genug.“

Hans erwiderte nichts darauf; das Gespräch war dadurch unterbrochen worden, und Dürbeck verfolgte auch von der nächsten Ecke schon eine andere Richtung. An der andern Ecke aber stand noch immer Ruy, das vorher noch so grüthete Antlitz jetzt bleich wie Wachs und die Kavaliers so weit mit den Augen verfolgend, wie er ihnen nur folgen konnte. Erst als sie aus Sicht verschwanden, drehte er sich ab, und ein paar helle Thränen liefen ihm an den Wangen nieder.

8.

Eine Staatsbesite.

Die Tafel war im Solberg'schen Hause eben aufgehoben, der Kaffee wurde gebracht, und Hans hatte sich an dem heute wirklich prachtvollen und fast heißen Apriltage hinaus auf die offene Gartenterrasse gesetzt, um dort seine Zigarre zu rauchen. Trotz aller Rathschläge des Kammerherrn und der Beschwörungen seiner Mutter lachte er nur immer, wenn man ihm vorzuschlug, den Versuch zu machen und das Rauchen zu lassen, da es in der Tat nicht gentil sei. Se. Königliche Hoheit duldeten ebenfalls in ihrer Nähe nicht die Ausübung dieses Laßers und konnten sogar den Geruch nicht vertragen.

„Dann soll er um Gottes willen nicht selber rauchen!“ meinte Hans in profaner Weise. „Aber ich begreife nicht, Mama, wie mich das genieren könnte!“

„Aber Se. Königliche Hoheit...“

„Mag ein sehr guter Herr sein; aber was geht das mich an!“

„Und wenn Du nun zu Hofe befohlen wirst?“

„Es ist, Mama, kann ich nicht befohlen werden,“ sagte Hans, „denn ich stehe in keinem dienstlichen Verhältnisse dazu, und dann habe ich überhaupt gar nicht die Absicht,

Der **Preis** ist **£ 17. 6s.** — **Alle** in **24** Bde.